

# Kohl vor Kap Hoorn

Ausländische Pressestimmen zur Lage Kohls in Bonn

## Newsweek

Die Skandale haben die Regierung alles andere als gelähmt. Kohl möchte um jeden Preis seinen guten Ruf wiederherstellen und im Amt bleiben. Aber politische Beobachter meinen, seine Chancen, den Job zu behalten, betragen allenfalls 50 zu 50. Kohls politische Zukunft könnte abhängen von weiteren Zeugenaussagen anderer Politiker oder Geschäftsleute; der Kanzler selbst könnte bald wieder vor den Untersuchungsausschuß zitiert werden.

Um den Schaden für die Partei möglichst gering zu halten, denken manche Christdemokraten an Stoltenberg als Kandidaten für den Fall, daß der Kanzler zum Rücktritt gezwungen würde. Inzwischen versucht Kohl, Sorgen zu zerstreuen, Bonn sei voller Korruption. „Die Republik ist nicht käuflich“, sagte er letzte Woche. Aber auf viele Westdeutsche wirkt das wie die hohle Phrase eines Mannes, der vor zwei Jahren mit dem Anspruch auf geistig-moralische Erneuerung ins Amt kam.

## THE TIMES

Wie einst der Watergate-Skandal in den Vereinigten Staaten enthüllt jetzt auch die Flick-Affäre in der Bundesrepublik die Schwächen und die Stärken einer parlamentarischen Demokratie... Zu den Stärken der westdeutschen Demokratie, die durch die Handhabung der Flick-Affäre offenbar wurden, zählen das energische Vorgehen der Beamten, die das Vergehen als erste aufdeckten, dann das Engagement der freien Presse, die (wie beim Watergate-Skandal) die Vertuschungsmanöver der Regierung vereitelte, und, last but not least, die Integrität jener Parlamentarier, die zur Aufdeckung des Skandals beitrugen. Die Schwächen lagen bisher hauptsächlich bei

den Christdemokraten und den Freien Demokraten, die derzeit die Regierung der Bundesrepublik bilden...

Kanzler Kohl selbst ging aus dem parlamentarischen Anhörungsverfahren der vergangenen Woche relativ ungeschoren hervor, schon weil der Bundestagsausschuß in seiner Aufgabenstellung auf die Untersuchung der Flick-Steuerbefreiung beschränkt ist. Kohl hat auf diese wie jede vorangegangene Krise seiner Kanzlerschaft damit reagiert, die Segel festzumachen, die Luken zu schließen und den Sturm auszureiten. In der Bundesrepublik jedoch, selbst in der eigenen Partei des Kanzlers, herrscht zunehmend der Eindruck, daß diese Reaktion moralisch wie politisch unangemessen ist.

Sie ist moralisch unangemessen, weil der Kanzler der Bundesrepublik die Pflicht hat, seinen Bürgern überzeugend zu versichern, daß sie und nicht die Großindustriellen im Lande über die Art ihrer Regierung entscheiden. Sie ist politisch unangemessen, weil dem Führer der Christlich-Demokratischen Union daran gelegen sein muß, seine Partei an der Macht zu halten...

Das Gebot der Stunde ist eine weit klarere und eindeutige Äußerung des Bedauerns und der Besorgnis über die Tragweite des Skandals... Bundeskanzler Kohl kann den Sturm nicht länger nur aussitzen. Wenn er die Orkanwarnungen der Presse, der Meinungsumfragen und seiner eigenen Partei weiterhin ignoriert, könnte er in die gleiche mißliche Lage geraten wie Chay Blyth vor Kap Hoorn (ein schottischer Abenteurer, der vorletzte Woche mit gebrochenem Arm im Meer trieb, nachdem sein Trimaran im Sturm gekentert war; erst nach zwölf Stunden wurde der Schiffbrüchige von einem chilenischen Fischereischiff gerettet - d. Red.).

Bevollmächtigte, der Parlamentarische Staatssekretär Peter Lorenz. Sein Verdienst besteht vor allem darin, daß sich Kohl ihm verpflichtet glaubt, seit der Berliner Christdemokrat 1975 von Terroristen entführt wurde.

Der Regierungschef über „Schreckis“ künftigen Arbeitsbereich: „insbesondere die sehr wichtige Aufgabe der Koordination im Kanzleramt im Bereich der Europa-Politik, für die Medienpolitik und die Kommunikationstechnologie und Koordination der Nachrichten-

dienste und die Dienstaufsicht über den BND“.

Tatsächlich sind für die Europa-Politik - außerhalb des Kanzleramts - Auswärtiges Amt und Wirtschaftsministerium zuständig, innerhalb des Kanzleramts die Außenpolitische Abteilung unter Kohls Vertrautem Horst Teltschik, der dem neuen Behördenchef Schäuble untersteht.

Nicht geringer ist der Wirrwarr bei Medienpolitik und Kommunikationstechnologie - auch damit sind Schäuble

unterstellte Kanzleramtsabteilungen befaßt, ferner das Presseamt, das Innen- und das Postministerium; und zuständig sind eigentlich die Länder.

Oberster Dienstherr des Bundesnachrichtendienstes bleibt Schreckenberger, aber auch nicht so richtig. Über Personalien beim BND, wichtigste Kompetenz, hat Schäuble zu entscheiden. Und für die beim Geheimdienst immer mal fälligen Skandale wird Schäuble, obwohl formal unzuständig, als Amtsleiter letztlich doch geradestehen müssen, wie er selbst glaubt.

Der Kanzler vergab die Chance zu einem wirklichen Neubeginn. Er fällt die wichtigste Personalentscheidung, die auch sein eigenes politisches Überleben sichern könnte, ohne klares Konzept. Scheitert auch Schäuble bei der Pannenhilfe, wird die Schuld endgültig bei Kohl gesucht, die alten Ausreden, der Amtschef habe versagt, helfen dann nicht mehr.

Die Berufung Schäubles, so ein Vertrauter von CSU-Chef Franz Josef Strauß, „ist Kohls letzte Patrone“. Ist sie verbraucht, könnten alle sehen, „es liegt in Wahrheit an Kohl, daß das Regierungsgeschäft nicht klappt“.

Fest steht heute schon, daß der neue Kanzleramtsminister hoffnungslos überlastet ist.

Schäuble soll garantieren, daß es ein Ende hat mit Pannen und Affären der Regierung Kohl. Dafür hat sich der Minister, als Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Organisation und Kungelei geübt, künftig so ziemlich um alles zu kümmern.

Zunächst ist der unter Schreckenberger kaum geforderte Beamtenapparat in der Regierungszentrale auf Trab zu bringen, als Voraussetzung für längerfristige politische Planung und für den Aufbau eines Frühwarnsystems gegen Konflikte und Krisen aller Art. Dann soll Schäuble

- ▷ die Runde der Bonner Staatssekretäre anführen, die sich jeden Montag zur Koordination der Regierungsarbeit treffen;
- ▷ die wöchentlichen Kabinettsitzungen bis ins Detail vorbereiten;
- ▷ die regelmäßigen Koalitionsgespräche zwischen den Spitzen von CDU, CSU und FDP betreuen und
- ▷ den Kontakt zu den Koalitionsfraktionen und zum Ältestenrat des Bundestages halten.

Dazu kommt noch die Zuständigkeit für die Deutschlandpolitik und für Gespräche mit dem ostdeutschen Partner - ein Full-time-Job. Der neue Chef des Kanzleramtes ist Anlaufstelle der DDR-Regierung. Doch die Freude der prestigebewußten Ost-Berliner über die Rang-erhöhung ihres Bonner Widerparts könnte in Enttäuschung umschlagen, wenn sie merken, daß der Bundesminister für die deutsch-deutschen Belange